

Was ist Folter?

Via Stockholm nach Kairo ab nach Guantanamo
Weitere Verwendung auch für Stammheim möglich?

Gerechtigkeit muß sein

Im kleinen und bei den Kleinen anfangen
Übung macht den Meister

In ruhigen Zeiten muß [das] geübt werden, was in
unruhigen am nötigsten ist ...

Bundestag bekräftigt Verbot jeglicher Folter

BERLIN (kna). Der Bundestag hat das absolute Verbot jeglicher Folter bekräftigt. Das gelte auch im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, heißt es in einem gestern mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen verabschiedeten Antrag. Union und FDP enthielten sich. CDU/CSU begründeten das mit einer anderen Bewertung des spektakulären Falls Daschner vom Herbst 2002. Daschner hatte dem Entführer des elfjährigen Jakob von Metzler Gewalt androhen lassen.

Geldbußen werden europaweit kassiert

► BRÜSSEL (rtr). Bußgelder zum Beispiel von Verkehrssündern werden in der Europäischen Union (EU) spätestens 2007 auch grenzüberschreitend eingetrieben. Die EU-Justizminister beschlossen gestern endgültig, Geldbußen und Geldstrafen gegenseitig anzuerkennen und einzutreiben. Damit werden Autofahrer nicht mehr ungestraft davon kommen, wenn sie in anderen EU-Staaten bei Verkehrsverstößen erwischt werden, ohne dass die Buße sofort an Ort und Stelle kassiert wird.

„In einem Europa der offenen Grenzen darf eine effektive Strafverfolgung nicht an den nationalen Grenzen der Mitgliedstaaten enden“, sagte gestern Bundesjustizministerin Brigitte Zypries. Bislang seien Ordnungswidrigkeiten und kleinere Straftaten kaum grenzüberschreitend zu verfolgen. „Damit ist nun Schluss“, so Zypries. Eingetrieben werden müssen jedoch nur Geldbußen von mindestens 70 Euro.



siehe:
Entführt, verhört ...
Es ist ein Apparat
Sicherheit ...



... es ist ein Apparat
Sicherheit ...

»Die Sicherheit ist der
höchste soziale Begriff der
bürgerlichen Gesellschaft,
der Begriff der Polizei ...«
K.M., Judenfrage

DAS STILLE SYSTEM DER AUFTRAGSFOLTER

Entführt, verhört, versteckt

Dies ist eine unheimliche Geschichte. Sie handelt von einem Privatflugzeug, das auf einem Flughafen in Deutschland stationiert ist, von Entführungen, die sich auf offener Straße in Europa abspielen, und von Folterpraktiken, die schlimmer sind als die in Guantánamo und Abu Ghraib. In dieser Geschichte treten ganz unterschiedliche Akteure auf: Rechtsanwälte, Spione und Agenten, vor allem aber Menschen, die als Terroristen verdächtigt werden. Und es gibt diese Geschichte nur, weil das Wort „Menschenrechte“ – wie ein ehemaliger CIA-Agent es ausdrückt – „ein sehr flexibler Begriff geworden ist“.

Von
STEPHEN
GREY *

DIE Geschichte beginnt am Nachmittag des 18. Dezember 2001, nur zehn Wochen nach dem 11. September, als der schwedische Anwalt Kjell Jönsson, der sich für Immigranten einsetzt, mit einem seiner Klienten, dem ägyptischen Asylbewerber Mohamed al-Zery, telefonierte. „Plötzlich mischte sich am anderen Ende eine Stimme ein“, erinnert sich Jönsson, „die zu al-Zery sagte, er solle das Gespräch beenden. Es war die schwedische Polizei, die gekommen war, um ihn zu verhaften.“

Das Geheimnis – das zwei Jahre lang nicht herauskam – war, dass in Brønne in jener Nacht ein US-amerikanisches Flugzeug bereitstand und ein Team amerikanischer Agenten, die sich die beiden Ägypter griffen, ihre Hände und Füße fesselten, sie in orangefarbene Overalls steckten, ihnen eine unbekannte Droge verpassten und sie in das Flugzeug verfrachteten.



CIA-Mann Scherer J. SCOTT APPLEWHITE/ap

Wer waren diese amerikanischen Agenten? „Sie hatten schwarze Kapuzen übergezogen und trugen keine Uniformen“, sagt Jönsson. „Sie trugen Jeans. Nach Auskunft der schwedischen Sicherheitspolizei waren sie äußerst professionell.“ Die ganze Operation hatte keine zehn Minuten gedauert: „Es war offensichtlich, dass sie so etwas nicht zum ersten Mal machten“, sagt Jönsson.



Mamdouh Habib mit Familie ap

Die Genfer Konventionen zum alten Eisen

LAUT Baer hat die Sonderauslieferungspraxis der CIA erst nach dem 11. September eine viel umfassendere und systematische Dimension angenommen. Seitdem seien hunderte von Gefangenen an Gefängnisse im Nahen Osten überstellt worden, und zwar mehr als die Gefangenen, die in Guantánamo Bay gelandet sind. Der 11. September, meint Robert Baer, diene als Rechtfertigung, die Genfer Konventionen zum alten Eisen zu werfen: „Es war das Ende der rechtsstaatlichen Prinzipien, wie wir sie im Westen kannten.“

In der US-Regierung gibt es Leute, die diese Praxis verteidigen mit der Behauptung, es gehe nur darum, Terroristen aus dem Verkehr zu ziehen. Nachdem man einen Gefangenen beispielsweise nach Ägypten verfrachtet habe, ist es den USA offenbar völlig egal, was mit dem mutmaßlichen Terroristen danach passiert. Doch der Fall des Australiers Mamdouh Habib lässt erkennen, dass diese Sonderauslieferungspraxis auch noch einem anderen Ziel dienen soll: Man will sich Informationen verschaffen, an die man wohl nur mit Hilfe von Foltermethoden herankommt, die amerikanischen Agenten untersagt sind.

Mamdouh Habib, der früher ein Café in Sydney betrieb, wurde einen Monat nach dem 11. September 2001 in Pakistan nahe der afghanischen Grenze verhaftet. Obwohl er australischer Staatsbürger ist, wurde er an US-amerikanische Agenten übergeben, die ihn nach Kairo ausflogen. Hier hat man ihn, wie er seinem amerikanischen Anwalt, Professor Joe Margulies von der University of Chicago, berichtet hat, volle sechs Monate lang gefoltert. Mit unbeschreiblichen Methoden, die weit über regelmäßige Schläge hinausgingen: „Er wurde in einen Raum gebracht, wo man ihm Handfesseln anlegte und den Raum dann allmählich mit Wasser anfüllte, bis der Wasserspiegel knapp unter seinem Kinn stand. Stellen Sie sich die Angst vor, wenn man glaubt, dass es kein Entrinnen gibt!“

Ein anderes Mal wurde er an den Händen an einer Wand aufgehängt, wobei seine Füße auf einer Walze standen, die eine Metallachse hatte: „Wenn sie die Walze unter Strom setzten, bekam er einen elektrischen Schlag und musste die Füße anheben, sodass er nur noch an den Händen hing. Und das ging so lange, bis er ohnmächtig wurde.“

Aufgrund solcher Verhörmethoden bestand Habib, Kontakte zu al-Qaida gehabt zu haben. Er unterschrieb bereitwillig „jedes Dokument, das sie ihm vorlegten“, erzählt Joe Margulies. Danach wurde Habib wieder an die Amerikaner überstellt. Die schickten ihn nach Afghanistan und dann nach Guantánamo. Dort wurden ihm die durch Folter erpressten Geständnisse zum Verhängnis: „Die Militärtribunale, die über seinen Kombattantenstatus zu befinden hatten, stützten sich bei ihrer Entscheidung, Mr. Habib in Haft zu halten, auf das Beweismaterial aus Ägypten.“

Im Januar 2005 wurde Habib endlich freigelassen. Nachdem Margulies und andere gegen die Folterung ihres Mandanten protestiert hatten, wurde er von Guantánamo nach Hause geflogen. Die Regierung in Canberra hat zwar erklärt, dass man ihm kein Vergehen zur Last legt, doch aus Kreisen des australischen Geheimdienstes wird er nach wie vor beschuldigt, Verbindungen zu al-Qaida zu haben.

Die meisten Häftlinge, die von US-amerikanischen Geheimdiensten an Gefängnisse im Nahen Osten überstellt wurden, sind nicht in der Lage, zu berichten, was ihnen widerfahren ist und wie sie behandelt wurden. Nur einer kann heute frei darüber reden: ein kanadischer Staatsbürger, der von der CIA in einer syrischen Gefängniszelle abgeliefert wurde. Seine Geschichte untermauert die Behauptung, die einer der Anwälte aufgestellt hat: Wenn die Amerikaner ihre Gefangenen in andere Länder verschicken, liefern sie einen „Fragekatalog“ gleich mit.

* Freier Journalist. Autor einer Dokumentation zum Thema in der BBC-Sendereihe „File on 4“.

Im Prinzip abgeheifft?

Die Dollar-Story

Eine vage Idee:

Öl wird in US-Dollar gehandelt – außer an der Tankstelle, für inländische Kleinverbraucher etc.

Als der Wechselkurs des Euro zum \$US
 $0,90 \$US = 1 \text{ Euro}$
kostete eine Einheit Öl – bspw. 1 Liter –
1 Euro oder 0,90 \$US.

Inzwischen ist der Ölpreis auf 1,35 \$US je Liter gestiegen, und der Wechselkurs des Euro zum \$US beträgt
 $1,35 \$US = 1 \text{ Euro}$
oder der Ölpreis beträgt 1 Euro je Einheit.

Weshalb führt also das Steigen des Ölpreises in \$US zu einem Anstieg der Ölpreise in Euro?

Ist das ein Prinzip?

Dieses Prinzip ist gute Tradition. Vergleiche dazu nebenstehenden Auszug aus

► IMD, 3/05

sowie die Auszüge aus

►► Ludendorff (!), 1919

Letzteres zeigt inzwischen durch und durch obsoletere Spielarten, möchte man meinen; es ist aber nur die Sprach- oder Ausdrucksform, welche jeden Genossen seiner Zeit – Zeitgenossen – von wenigen Ausnahmen abgesehen, gewohnheitsmäßig befremdet.

Niemals in der Geschichte waren die Gewohnheiten besser koordiniert als derzeit, entsprechend die Grade der (vermeintlichen Un)Voreingenommenheit, der der Ruhe (wie blind und taub?). Und nie war die Ruhe lärmender. Doch das ist Big-Brother-stylish, also (im Westen) nichts Neues.

Ober der Dollarkurs steigt oder fällt, die Auswirkungen auf die Wirtschaft sind offenbar immer nur negativ. Der Grund hierfür liegt in der besonderen Stellung des Dollars als internationales Zahlungsmittel und Reservewährung. Dieses „exorbitante Privileg“, wie Charles de Gaulle es nannte, wurde seit dem Zweiten Weltkrieg praktisch nie in Frage gestellt.

Juli 1944: Die entscheidenden Weichenstellungen erfolgt auf der ersten internationalen UN-Finanzkonferenz vom 1. bis 22. Juli 1944 in Bretton Woods, einer Kleinstadt im US-Bundesstaat New Hampshire. Hier wurden zwei Institutionen gegründet: der Internationale Währungsfonds (IWF)¹ und die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), die später in Weltbank umgetauft wurde. Das neue Währungssystem verpflichtet die teilnehmenden Staaten, die Konvertibilität ihrer Währung zu einem festen Wechselkurs mit dem US-Dollar beziehungsweise der Feinunze Gold sicherzustellen, bei einer maximalen Schwankungsbreite von 1 Prozent.

Offiziell wollte man damit Wechselkursschwankungen und Geldkrisen wie in der Zwischenkriegszeit vorbeugen. In Wirklichkeit begründete das Bretton-Woods-System die Vormachtstellung der Vereinigten Staaten und des Dollars, zumal mit der Sowjetunion der zweite große Sieger des Zweiten Weltkriegs nur mit einem Beobachter vertreten war, sodass sie wirtschaftlich und finanziell nicht als Gegenpart der USA auftreten konnte.

Das wirtschaftliche Gewicht des Dollars hat sich dann im Zuge der Wiederaufbauhilfen für Europa im Rahmen des Marshallplans noch weiter erhöht. Die Vereinigten Staaten tätigten umfangreiche Investitionen im Ausland – 1946: knapp 10 Milliarden, 1950: 19 Milliarden, 1959: 40 Milliarden Dollar – und glichen das Zahlungsbilanzdefizit mit zusätzlichen Dollaremmissionen aus. Mit dem steigenden Finanzierungsbedarf infolge des Vietnamkriegs und dem industriellen Aufstieg Deutschlands und Japans in den 1960er-Jahren begann sich das Blatt zu wenden. Damit das System nicht aus den Fugen gerät, bildeten die wichtigsten Zentralbanken bereits 1961 einen Goldpool, um den Dollarkurs bei 35 Dollar je Unze Gold zu stabilisieren: Sank der Dollar, kauften sie ihn auf; stieg er, stießen sie ihn ab. Die Kosten der fixen Dollar-Gold-Parität trugen also Drittstaaten. Frankreich zog sich 1967 aus dem Pool zurück. Ein Jahr später wurde der Markt gesplittet: Für Private wurde die Dollarparität aufgegeben, für die Zentralbanken weiterhin auf 35 Dollar je Unze Gold festgelegt.

15. August 1971: US-Präsident Richard Nixon kündigt den Grundsatz der Goldkonvertibilität des Dollars auf. Mit diesem Handstreich reagierte Washington auf eine Reihe gescheiterter Versuche, den schwächelnden Dollar zu stabilisieren. Fortan überstiegen die Dollarreserven der Zentralbanken die Goldbestände der US-Notenbank.

Die Inkonvertibilität des Dollars bedeutete eine schlagartige Aufwertung der D-Mark (und des Yen). Dies wirkte sich natürlich auch auf die 1972 geschaffene Europäische Währungsschlange aus, die die Wechselkursschwankungen innerhalb der EG begrenzen sollte. 1973 wurden die Wechselkurse allgemein freigegeben.

Januar 1976: Das Jamaika-Abkommen besiegelt das Ende fester Währungsparitäten und des Goldstandards. Der Dollar, der 1971 noch 5,5 Franc kostete, war jetzt nur noch knapp 4 Dollar wert. Der Wertverlust, der zunächst noch den US-Exporten zugute kam, bewirkte aber bald nicht mehr das gewünschte Resultat. Die US-Defizite stiegen an, die erwartete Erholung blieb aus.

13. März 1979: Das Europäische Währungssystem, das die Wechselkursschwankungen zwischen den europäischen Währungen dämpfen soll, wird geschaffen. Gleichzeitig, aber unabhängig davon beschließt die US-Zentralbank im Rahmen ihrer monetaristischen Politik des „starken Dollars“ eine drastische Erhöhung der US-Leitzinsen (über 20 Prozent im Jahr 1980). In der Folge strömte immer mehr Auslandskapital ins Land, die Investitionstätigkeit zog an. Der Dollarwert, der 1979 noch bei 4 Franc gelegen hatte, stieg bis zum 1. Quartal 1985 auf 10 Franc. **September 1985:** Infolge der latein-amerikanischen Schuldenkrise und des Zusammenbruchs zahlreicher Sparkassen in den USA beschließen die fünf reichsten Industrienationen mit dem Plaza-Abkommen eine konzertierte Abwertung des Dollars: Die USA senken ihre Leitzinsen, die anderen Zentralbanken stoßen Dollars ab, die sie zuvor teuer aufgekauft hatten (zahlen also die Rechnung). Der Dollarkurs sinkt.

Unterdessen hatte die Deregulierung der Finanzmärkte begonnen (freier Kapitalverkehr). Seitdem haben zahlreiche Krisen die Weltwirtschaft erschüttert: Krach der Junk Bonds in den Vereinigten Staaten (1989), Währungskrise in Europa, Abwertung von Franc und Lira, Großbritannien verlässt das Europäische Währungssystem (1992–1993), Schuldenkrise in Mexiko, Argentinien und anderen lateinamerikanischen Ländern (1994), asiatische Finanzkrise (1997). Japan schlägt die Schaffung einer asiatischen Währungszone vor, muss das Vorhaben jedoch aufgeben: China ist zu schwach, und die Vereinigten Staaten legen über den Internationalen Währungsfonds ihr Veto ein.

1. Januar 1999: Startschuss für den Euro, der am 1. Januar 2002 die nationalen Währungen der EU-Länder ersetzt. Ziel ist, wie im Vertrag von Maastricht (1992) postuliert, ein „starker Euro“ nach dem Vorbild des starken Dollars in den 1980er-Jahren. Der Kursverfall des Dollars gegenüber dem Euro schwächt das Wachstum der EU-Wirtschaft.

Gegenwärtig werden drei Viertel der Welthandels in Dollar abgewickelt.

¹ Die Vereinigten Staaten besaßen im IWF 2004 17 Prozent der Stimmen, die EU-Länder mit 30 Prozent der Stimmen mehr als die Sperrminorität.

Der kürzlich verstorbene amerikanische Botschafter in London, Choate, schrieb unter dem 7. April 1917 an Earl Grey:

„Wie Sie wissen, bin ich von Anfang an der Meinung gewesen, daß wir einstweilen der Sache der Bundesgenossen besser dadurch dienen könnten, daß wir neutral blieben und alles lieferten, was wir an Waffen und Munition, ja auch an etlichen Mannschaften, wie ich glücklicherweise sagen darf, liefern könnten; daß es aber nichts destoweniger unsere Pflicht sein würde, den Krieg beendigen zu helfen, auf dem rechten Wege, durch völlige Unterdrückung des preußischen Militarismus und den Sieg der Zivilisation, wenn wir das durch unsern Eintritt in den Krieg mit all' unserer Macht und mit Hilfe aller unserer unerschöpflichen Hilfsquellen zu tun vermöchten. Die Stunde ist jetzt gekommen.“

Der amerikanische Admiral Sims sprach sich am 3. Juni 1917 in London wie folgt aus:

„Als 1910 die amerikanische Flotte England besuchte, hielt ich eine kurze, aber vielleicht undiplomatische Rede. Darin äußerte ich meine Meinung, die jetzt in die Tat umgesetzt wird. Ich sagte damals, wenn je die Zeit käme, wo der Bestand des englischen Reiches ernstlich bedroht wäre, dann könnte England auf jedes Schiff, jeden Dollar und jeden Blutstropfen jenseits des Atlantik zählen.“

Besonders charakteristisch für die Auffassung offizieller amerikanischer Kreise ist folgende Unterhaltung einer Vertrauensperson mit einem amerikanischen Generalkonsul, die sich mit jenen Äußerungen deckt.

Auf die Frage, ob die „Lusitania“-Affaire wirklich zum Eingreifen Amerikas geführt habe, antwortete der Generalkonsul:

„— Nein, dies war nur das Streichholz, das das Stroh anzündete, und es ist tüchtig zur Propaganda ausgenutzt worden. Wir hätten sonst andere einleuchtende Gründe ausfindig machen müssen, um in dieses Geschäft eintreten zu können! Hätten wir uns nicht mit den Alliierten verbündet, dann wären wir nach dem Kriege nirgend mehr gewesen — jetzt erwarten wir Nr. I zu werden, — und wir werden Nr. I werden!“ —

Auf die Frage, welche Rolle Amerika als Nr. I spielen werde, sagte er:

„Deutschland ist zweifellos das fleißigste Land Europas vor dem Kriege gewesen. Wir (Amerika) und ebenso England sahen, zu welcher gewaltigen Höhe Deutschland emporstieg, daß es innerhalb einiger wenigen Dekaden zur größten Macht gelangt wäre, und daß es nicht nur ganz Europa, sondern die Welt insgesamt geführt (dictated) hätte. Es wurde eine Gefahr, und wir (Amerika) erkannten diese Tatsache. Aus diesem Grunde sind wir an die Sache herangetreten, und wir glaubten sie zu durchschauen. Wir sind überzeugt, daß unser Volk nach dem Kriege die Führung haben wird. Wir werden nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa führen. Die Nationen werden viel von uns erwarten, vor allem den Frieden, und sie werden ihn bekommen, aber zu unseren Bedingungen und zu unseren Preisen!“ —

„Wird Amerika auch seinen Verbündeten seinen Willen auferlegen?“

„Ja, das werden wir! Aber sie werden bessere Bedingungen erhalten als die anderen Länder (Zentralmächte), ebenso wie wir (Amerika) bessere Bedingungen von ihnen (Alliierten) erhalten werden. Es ist das alles ja nur ein Geschäft. Das ist der Krieg immer nur gewesen!“ —

Für dumme verkauft?

In nebenstehender Ausführung steckt fast die gesamte bürgerliche Ideologie. Die – für darin Ungeübte – Komplexität der Zusammenhänge oder Ver- oder Einwicklungen braucht eventuell mehr Erörterung, Aufklärung oder Schulung, als hier gegeben werden kann. Deshalb nur in Kurzform.

1. »Die Produktivität« gibt es nicht, es ist immer die Produktivität von ...
2. Wäre »Produktivität« ein Maß, so hätte sie eine Einheit; wäre sie eine Verhältniszahl ohne Einheit, müßten die im Verhältnis zueinander stehenden Größen Größen gleicher Einheit(en) sein.
3. Das Produkt eines »Produktionsprozesses« kann zweierlei sein, je nach Betrachtung. Zuerst ist das Produkt beispielsweise eine Hose, die ein Schneider aus Leinwand und Faden mittels Werkzeugen wie Schere und Nadel etc. hergestellt hat, oder es ist der Geldwert der Hose, welcher mittels des Arbeitslohnes des Schneiders und den anderen Kaufpreisen wie dem der Leinwand und anteilig zu ihrer Abnutzung von Schere und Nadel ebensolche Geldwerte zur Voraussetzung hat.
4. »Kapitalproduktivität« ist nonsens; selbst die stofflichen Elemente der Produktion wie hier Leinwand, Faden, Schere und Nadel einmal als »Kapital« mißverstanden, haben diese dennoch keine »Produktivität«. Ohne den Schneider und seine zielgerichtete zweckmäßige Tätigkeit würde sich ihr Dasein in Verrottung auflösen. Kapital ist keine Sache, sondern ein Verhältnis, zu bemerken.
5. Wenn weniger Arbeit zur Herstellung einer Produkteinheit aufgewendet werden muß, wird bei gleicher »Arbeitsmenge« – Arbeitszeit, weil die Arbeit Anwendung der Arbeitskraft, deren Einheit ist die (Arbeits)Zeit – nicht mehr produziert; das ist der übliche Unsinn solcher Experten der (ab)schreibenden Zunft. Einmal angenommen, die Produktivkraft der Arbeit würde sich durch bloße Übung des Schneiders verdoppeln, also ohne »techn. Fortschritt« in Form einer Nähmaschine, so könnte er nicht mehr Hosen herstellen, als er dafür Leinwand, Faden, Schere und Nadel hat; für zwei braucht er doppelt soviel Material wie für eine, und auch solche entferntere in Betracht kommenden Produktionsmittel wie Tisch und Behausung sind nicht gleichgültig für die Menge der verarbeiteten Materialien, ge- und dabei verbrauchten Werkzeuge etc., sie gehören, den gesamten Prozeß betrachtet, in jeweils gegebenen stofflichen Proportionen zueinander. Desgleichen in der Geld- oder Wertform. Wenn etwa mit 100 Mark Arbeitslohn und 200 Mark Rohstoffen und anderen sachlichen Elementen der Produktion 1 Hose hergestellt (»produziert«) werden kann und wiederum eine Verdoppelung der Produktivkraft der Arbeit durch reine Übung stattfände, so könnten nur dann zwei

► Die Produktivität ist ein Maß für die Leistungsfähigkeit eines Produktionsprozesses. Sie gibt das Verhältnis an von Produktionsergebnis zu dem Einsatz von Produktionsfaktoren, vergleicht also die Menge an Produkt mit der Menge an Faktoren, die aufgewandt werden muss, um dieses Produktionsergebnis zu erzielen. Produktionsfaktoren sind vor allem Arbeit und Kapital. Entsprechend kann man auch unterscheiden zwischen Arbeits- und Kapitalproduktivität.

Muss weniger Arbeit zur Herstellung einer Produkteinheit aufgewandt werden oder wird bei gleicher Arbeitsmenge mehr produziert, dann steigt die Arbeitsproduktivität. Dies ist zum Beispiel durch technischen Fortschritt möglich.

Die Produktivität einer ganzen Volkswirtschaft ist von großer Bedeutung. Wenn sie steigt, können auch die Reallöhne und das Wohlstandsniveau zunehmen. Deshalb spielt die

Produktivität eine zentrale Rolle in der Tarifpolitik: Der Anstieg der Arbeitsproduktivität in einer Volkswirtschaft bestimmt im Wesentlichen den Spielraum, der für Lohn- und Gehaltserhöhungen zur Verfügung steht. Orientieren sich die Lohnerhöhungen an der Zunahme der Arbeitsproduktivität, so entsteht kein zusätzlicher Druck durch steigende Lohnkosten, der zur Gewinnstabilisierung über steigende Preise weitergegeben werden müsste. (oli)



— Was Sie schon immer über Wirtschaft wissen wollten: Freitags gibt es hier Auskunft. Schicken Sie Ihre Fragen an die RHEINPFALZ-Wirtschaftsredaktion, Postfach 21147, 67011 Ludwigshafen, Fax: 0621/5902-600, E-Mail: redwirt@rheinpfalz.de

Hosen mit der gleichen Menge angewandter Arbeitskraft (Arbeit, Arbeitszeit) erzeugt werden, wenn statt der 300 Mark nun 500 verausgabt würden, nämlich 100 Mark für den Lohn und 400 Mark für die anderen Elemente dieses Produktionszyklus'.

6. Die Produktivität »einer ganzen Volkswirtschaft« ist ein ganzer Unsinn.
7. Der Ausdruck »Reallohn« ist hier unsinnig, da alle Betrachtung und Erörterung real oder unreal ist; die unausgesprochen ange-deutete Inflation ist eine andere Angelegenheit.
8. »Das Wohlstandsniveau« ist eine Worthülse, leer soweit.
9. »Der Anstieg der Arbeitsproduktivität« (höhere Produktivkraft der Arbeit) bestimmt – siehe oben – nicht »den Spielraum, der für Lohn[...]erhöhungen zur Verfügung steht.«
10. Steigende (höhere) Löhne (»Lohnkosten«) sind immer »zusätzlicher Druck« auf die »Gewinne« (Profit).
11. »Gewinnstabilisierung« ist kein ökonomisches Ziel, sondern ökonomischer nonsens (Konkurrenz; »Wert des Kapitals« ist der »kapitalisierte Profit«; »Wachstum«).
12. »Steigende Preise« »stabilisieren« nicht den Profit (»Gewinn«). Wenn alle Preise gleichmäßig steigen, ist nichts geändert als der zahlenmäßige Ausdruck.
13. Was »Gewinn« (Profit) ist und woher er stammt, ist nicht angegeben. Profit ist die Wertform der unbezahlten Arbeit(szeit) mit Bezug auf das eingesetzte Gesamtkapital (Wert).
14. Was Lohn (verballhornt »Lohnkosten«) ist, ist nicht angegeben.
15. Was »höherer« Lohn ist – real oder unreal – ist nicht angegeben. Dazu: Wenn das Ergebnis (Neuprodukt) einer Arbeitsstunde 100 Mark beträgt, und der Arbeiter davon 25 Mark bekommt, so erhält er $\frac{1}{4}$ des Neuprodukts. Beträgt das Neuprodukt dagegen nur 50 Mark und der Arbeiter erhält davon 20 Mark, so erhält er $\frac{2}{5}$, in ganzen Zahlen verhalten sich die beiden Löhne wie 5:8, der scheinbar höhere Lohn entpuppt sich als geringere »Kosten«; denn der verbleibende Anteil (Mehrwert) ist im Beispiel sowohl absolut (75 Mark) wie relativ ($\frac{3}{4}$) beim absolut höheren Lohn größer als beim absolut niedrigeren (30 Mark, $\frac{3}{5}$).

Eine solide Idee:

»... vor allem die Senkung der Lohnkosten«

Worin besteht der Unterschied zwischen Lohn und Lohnkosten? Ob die (ab)schreibende Zunft, Untergruppe Rheinpfalz, da wohl ebensogut und wissenschaftlich Bescheid weiß wie bei der Produktivität?

Die Bilanz als Profit-Quelle (siehe nebenstehend). Sind Dividenden keine »Kosten«?

BASF-Projekt bringt 400 Millionen Euro

► LUDWIGSHAFEN (jeu). Das 2002 gestartete Standortprojekt des Chemiekonzerns BASF hat bisher im Ludwigshafener Stammwerk zu einer aufs Jahr gerechneten Ergebnisverbesserung von 400 Millionen Euro geführt. Damit liege das Projekt im Plan, sagte der Leiter des Werks, Heuser, gestern der RHEINPFALZ. Mitte 2005 werde das Projekt abgeschlossen sein. Dann werde im Vergleich zum Basisjahr 2001 mit 20.000 Einzelmaßnahmen ein Effekt von 450 Millionen Euro erreicht. Gut die Hälfte dieser Summe entfalle auf Einsparungen, vor allem auf die Senkung der Personalkosten. Die andere Hälfte werde durch die Optimierung von Verfahren, durch höhere Produktionsausbeute und Qualitätssteigerungen erzielt. Ende 2004 beschäftigte die BASF in Ludwigshafen rund 35.300 Mitarbeiter, 1750 weniger als ein Jahr zuvor. —*Wirtschaft*

RWE plant trotz höheren Gewinns Kostensenkung

Jahresüberschuss 2004 bei 2,1 Milliarden Euro

► ESSEN (ap). Dank höherer Strompreise und Sparprogrammen sprudelt die Gewinn. Auch bei Deutschlands zweitgrößtem Energieversorger RWE der Gewinn. Auch 2005 sollen die Kosten gesenkt werden.

Die Aktionäre, so erhöhte Dividenden in diesem und im kommenden Jahr profitieren. Roels, werden von der Bilanz durch er-

